

Die Welt | 19.02.15

Bauern beklagen Redeverbot am runden Tisch

Im Streit um die Sülldorfer/Rissener Feldmark bangen die Landwirte um ihre Baurechte und Teile ihrer Weiden *Von Axel Ritscher*

Auch die zweite Sitzung des runden Tisches hat den Streit zwischen Sülldorfer Bauern, Bezirksverwaltung und Naturschutzbund Deutschland

(Link <http://www.welt.de/themen/deutschland-reisen/>) (Nabu) nicht entspannt. Die Bauern sprachen von einer Alibi-Veranstaltung und fühlen sich in ihren Rechten beschnitten und vom Bezirksamt "vorgeführt". Sie sehen in den geplanten neuen Bebauungsplänen Rissen 44, Sülldorf 18 und Iserbrook 26 eine Kampfansage an die Landwirtschaft.

Per Einschreiben protestierte ein Teilnehmer auf Bauernseite gegen die seiner Meinung nach parteiische Moderatorin. Dem Juristen der Bauern sei es untersagt worden, die rechtlichen Bedenken der Bauern gegen das geplante Bauverbot außerhalb von Siedlungsgebieten (Außenbereich) vorzutragen. Die Moderatorin war zur Schlichtung eingesetzt worden, nachdem auch aus der SPD-Bürgerschaftsfraktion herbe Kritik am Bezirksamt und dessen enger Orientierung am Nabu laut geworden war.

Das Bezirksamt wollte sich zum Streit nicht äußern. Der Nabu-Vertreter am Runden Tisch, Christian Gerbich sprach von einer grundsätzlichen Entscheidung über die Ausrichtung der Gespräche: "Wenn man inhaltlich miteinander reden will, können die rechtlichen Fragen später immer noch geltend gemacht werden. Und sein Eingangsstatement konnte der Anwalt ja vollständig abgeben."

Die SPD-Abgeordnete Andrea Rugbarth forderte, die "berechtigten Interessen der Landwirte aufzunehmen". Das sehe auch das von ihr initiierte und einstimmig verabschiedete agrarpolitische Konzept des Senats vor. Für die Bauern gehe es um "Sein oder Nichtsein". Ein Gutachten der Wirtschaftsbehörde hatte festgestellt, dass 16 der 18 Betriebe in der Sülldorf/Rissener Feldmark in ihrer Existenz gefährdet sind, wenn die Bebauungspläne Gesetz werden. Die Nabu-Vertreter hatte das nicht beeindruckt, sie verwiesen auf den ihrer Meinung nach parteiischen Absender des Papiers. Das Bezirksamt reagierte bisher indifferent auf die ablehnende Stellungnahme aus der Wirtschaftsbehörde. Die Planungshoheit liegt in Altona.

Die drei vom Bezirk forcierten Bebauungspläne sollen für etwa 520 Hektar landwirtschaftliche Fläche gelten. Sie sehen Verschärfungen des Baurechts vor: Erstens sollen Baufenster festgelegt werden, die sich eng auf die Hofstellen beschränken. Derzeit wären Erweiterungsbauten oder neue Ställe auch außerhalb der Hofstellen möglich. Zweitens sehen die Pläne für etwa 310 Hektar städtisches Pachtland bzw. Privatflächen nur noch extensive Nutzung vor, mit später Mahd, kaum Beweidung und weniger Düngung. Derzeit werden sie von den Bauern uneingeschränkt als Weideland genutzt, sollen aber künftig "Ausgleichsflächen" für Neubauten und Nachverdichtungen in Altona werden. Drittens schließen die Plan-Entwürfe Nutzungsänderungen aus. Höfe dürften demnach keine Gastronomie betreiben, nicht an Läden oder Handwerker untervermieten, keine Touristen beherbergen.

Die Bauern fordern die Einarbeitung der wirtschaftsbehördlichen Stellungnahme in die Plan-Entwürfe. Das sei bisher nicht einmal im Ansatz geschehen. Außerdem wehren sie sich gegen die massiven Flächenverluste durch die Ausweisung von Ausgleichsflächen und monieren veraltete Gutachten im seit gut zehn Jahren laufenden Verfahren.

Den runden Tisch platzen lassen wollen die Landwirte aber nicht. "Die Gespräche sind alternativlos", sagte Hamburgs Bauempräsident Heinz Behrmann, "auch wenn wir hier nur über Kleinigkeiten reden dürfen und die wichtigen Fragen offenbar außen vor bleiben sollen."

Die Naturschützer sehen die intensive Landwirtschaft und den Trend zur Pferdewirtschaft als Hauptursachen für einen Artenschwund in der Feldmark. Sie werfen den Bauern eine "nicht fachgerechte" Landschaftspflege vor. Die Nabu-These von der Schuld der Landwirte ist

allerdings problematisch. Zwar haben sich laut Bezirksgutachten vom November 2013 die Bestände des Kiebitz, der Wacholderdrossel und der Bekassine negativ entwickelt, dafür gab es mehr Gelbspötter, Grauschnäpper und Neuntöter.

Auch kann das Gutachten über die "Wiesenbrüter und weitere Offenlandarten im Hamburger Westen" die Landwirtschaft nicht als ursächlichen Faktor für die Rückgänge ausmachen, weil der mangelhafte Bruterfolg der genannten drei Vogelarten auch auf Jagderfolge der in der Feldmark vertretenen Füchse, Greifvögel, Dachse, Marder und des iwieder heimisch gewordenen Marderhundes zurückgeführt werden könnte.

© WeltN24 GmbH 2015. Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT



DIE WELT Digital 2 Monate für nur 0,99 €!

Jetzt testen!